BUNDESSOZIALGERICHT

Beschluss

in dem Rechtsstreit

Az: B 4 AS 301/12 S

L 2 AS 978/12 B PKH (Sächsisches LSG)
S 20 AS 3618/12 ER (SG Chemnitz)

……,

Antragsteller und Beschwerdeführer,

g e g e n

Freistaat Sachsen,
vertreten durch den Bezirksrevisor beim Sächsischen Landessozialgericht,
Parkstraße 28, 09120 Chemnitz,

Antragsgegner und Beschwerdegegner,

beteiligt:

Landkreis Erzgebirgskreis, Kommunales Jobcenter Erzgebirgskreis,
Paulus-Jenisius-Straße 24, 09456 Annaberg.

Der 4. Senat des Bundessozialgerichts hat am 29. November 2012 durch die Richterin S. K n i c k r e h m als Vorsitzende sowie die Richterinnen B e h r e n d und H a n n a p p e l beschlossen:

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Sächsischen Landessozialgerichts vom 5. November 2012 - L 2 AS 978/12 B PKH - wird als unzulässig verworfen.

Außergerichtliche Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht zu erstatten.

Hinweis: Auch Teile der Urteilssammlung sind als Datenbank nach §§ 87a ff. UrhG geschützt.

JLaw – Gesetze und Urteile (mobile App)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
JLaw – für Android
JLaw – für iOS

G r ü n d e :

1 Der Antragsteller begehrt PKH für ein Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, in dem der Antragsgegner verpflichtet werden sollte, ihm einen Pkw und Geld zur Verfügung zu stellen. Das SG Chemnitz hat den Antrag auf Bewilligung von PKH mit Beschluss vom 4.9.2012 abgelehnt. Die hiergegen gerichtete Beschwerde des Antragstellers hat das Sächsische LSG mit Beschluss vom 5.11.2012 als unzulässig verworfen. Gegen diesen Beschluss hat der Antragsteller mit Schreiben vom 10.11.2012 ausdrücklich "sofortige Beschwerde" eingelegt.

2 Die Beschwerde des Antragstellers ist unzulässig. Der Beschluss des LSG vom 5.11.2012 ist, worauf das LSG in der Entscheidung zutreffend hingewiesen hat, gemäß § 177 SGG nicht mit der Beschwerde an das BSG anfechtbar.

3 Die Verwerfung des Rechtsmittels des Antragstellers erfolgt ohne Beteiligung der ehrenamtlichen Richter in entsprechender Anwendung des § 169 SGG.

4 Die Kostenentscheidung beruht auf der entsprechenden Anwendung des § 193 Abs 1 SGG.

Hinweis: Auch Teile der Urteilssammlung sind als Datenbank nach §§ 87a ff. UrhG geschützt.

JLaw – Gesetze und Urteile (mobile App)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
JLaw – für Android
JLaw – für iOS